

Gedanken zum Weltfriedenstag

Von Admiral a.D. Theodor Hoffmann

Vorsitzender des Verbandes zur Pflege der Traditionen der
Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg, der bisher grausamste Krieg in der Geschichte der Menschheit. Er forderte annähernd 50 Millionen Menschenleben, machte Städte und Dörfer dem Erdboden gleich, vernichtete ganze Landstriche, unzählbare Kulturgüter und warf die Entwicklung der Menschheit um viele Jahre zurück. Hitlerdeutschland hat den Völkern der Welt großes Leid zugefügt.

Die größten Verluste erlitt die Sowjetunion. Aber auch die deutsche Bevölkerung hatte unter den Folgen des Krieges stark zu leiden. Solch ein Krieg darf sich niemals wiederholen. Deshalb wurde u. a. die UNO im Juni 1945 in San Francisco gegründet.

Dafür, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen kann, sollten die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Antihitlerkoalition sorgen. Diese zerbrach jedoch bald nach Ende des Krieges, weil die politischen Ziele der im Krieg verbündeten Mächte zu unterschiedlich waren.

Es begann der Kalte Krieg, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasste und in dem der militärische Faktor mit Hochtüchtigkeit, Rüstungsexporten, Androhung militärischer Gewalt, Prägung von Feindbildern und Stellvertreterkriegen eine wichtige Rolle spielte. Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz wurden nicht bis zu ihrem logischen Ende erfüllt. Trotzdem:

Ungeachtet aller Gegensätze zwischen beiden Weltsystemen war der Wunsch der Völker nach Frieden das Dominierende.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde Anfang der 50er-Jahre der 1. September, der Tag des Beginns des Zweiten Weltkrieges, als Weltfriedenstag begangen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde auf Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes dieser Tag ebenfalls als Friedenstag deklariert.

Die UNO fasste den Beschluss zur Einführung des Weltfriedentages im Jahre 1981. Danach fällt der Weltfriedenstag auf den 21. September, dem Beginn der jeweiligen Sitzungsperiode.

Der Weltfriedenstag ist ein Antikriegstag. Er ist ein Tag der Erinnerung, des Gedenkens und des Kampfes. Er hat auch nach Beendigung der Blockkonfrontation nicht an Bedeutung eingebüßt.

Obwohl es in der Zeit des Kalten Krieges durchaus Situationen der Gefahr eines heißen Krieges gab, ist es dazu nicht gekommen. Es kam zum Abschluss von Abrüstungsverträgen und zu Maßnahmen der Vertrauensbildung. Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf.

Nach der Beendigung der Blockkonfrontation, der Auflösung des Warschauer Vertrages und dem Zerfall der Sowjetunion sind scheinbar diese guten Vorsätze in Vergessenheit geraten.

Die Propagierung von Feindbildern, Hochrüstung, Androhung militärischer Gewalt, Rüstungsexporte und Kriege sind an der Tagesordnung. Kriege sind für die westlichen Großmächte, die NATO und auch für die Bundesrepublik Deutschland ein Mittel der Politik.

Seit der Teilnahme am Krieg gegen Serbien im Jahre 1999 war und ist die Bundesrepublik Deutschland an der Seite der westlichen Großmächte und der NATO an fast allen Kriegen beteiligt. Neben den USA stellt sie teilweise die größten Kontingente und bekleidet wichtige Führungsfunktionen.

Es macht dabei keinen Unterschied, ob deutsche Soldaten mit der Waffe in der Hand kämpfen oder nur Kräfte für die Aufklärung, Betankungskapazitäten, medizinisches Personal stellen oder andere Leistungen erbringen. Ohne diese Arten der Sicherstellung ist Kriegsführung nicht möglich und somit ist auch ein solcher Einsatz Kriegsbeteiligung.

Als Begründung für das Führen von Angriffskriegen dient

- die immer wieder beschworenen Gefahren eines Angriffs dienen als Begründung für das Führen von Kriegen, darunter mit chemischen Waffen,
- die Bedrohung, die durch Ausuferung von Bürgerkriegen ausgehen kann, die Bekämpfung von Terrorismus und Piraterie,

- die Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie nach westlichen Maßstäben, der Zugang zu Rohstoffquellen und Märkten.

Vorrangig geht es jedoch um Vorherrschaft, die Sicherung geostrategischer und ökonomischer Interessen und um die Ausübung von Macht. Wer dabei mehr einbringt, erntet später die größeren Früchte.

Das mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD größere Deutschland sollte auf Grund der eigenen bitteren Erfahrungen im Friedenskampf eine größere Rolle spielen und damit mehr dem Anliegen des Weltfriedentages entsprechen.

Das würde auch dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes gerecht werden, die Kriegseinsätze der Bundeswehr ablehnt. Offensichtlich denken die Regierenden darüber etwas anders.

Auf Anfrage eines Bürgers zu Einsätzen der Bundeswehr teilte das Bundesverteidigungsministerium mit: „Die Ausrichtung der Bundeswehr ist nicht mehr verteidigungs- sondern einsatzorientiert.“

Ist damit etwa angriffsorientiert gemeint?

Der Bundesminister der Verteidigung führte aus: „Die Mentalität der Deutschen hat sich, was den Einsatz militärischer Gewalt angeht, geändert. Zur Außen- und Sicherheitspolitik des vereinten Deutschland muss gehören dass wir Begriffe wie Krieg, Veteranen, Gefallene normal verwenden.“ In meiner unmittelbaren Umgebung habe ich eine derartige Mentalitätsveränderung noch nicht festgestellt. Die deutsche Bundeskanzlerin stellte in ihrer Rede vor Spitzenpersonal der Bundeswehr in Strausberg am 22.10.2012 fest, dass Konflikte allein mit militärischen Mitteln nicht gelöst werden können.

Das ist nur die halbe Wahrheit. Militärische Mittel können Ursachen von Konflikten überhaupt nicht beseitigen. Sie sind lediglich in der Lage, Erscheinungsformen zeitweilig zu unterdrücken. Auch Rüstungsexport, den sie in ihrer Rede rechtfertigte, ist kein Mittel der Friedensstiftung.

In seinen Reden vor Angehörigen der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und bei der Ablegung des Gelöbnisses junger Rekruten in Berlin orientierte der Bundespräsident auf Auslandseinsätze der Bundeswehr an der Seite der NATO-Partner. Offenbar hat er die biblische Empfehlung, aus Schwertern Pflugschare zu machen, vertauscht. Vertauscht gegen den Rat, aus Pflugscharen Schwerter zu machen.

Besonders anlässlich des Weltfriedentages spüren wir die besondere Verpflichtung der Deutschen im Kampf um die Erhaltung des Friedens. Zwei von Deutschland im vorigen Jahrhundert angezettelte Kriege sind eine ernste Mahnung.

Als ehemalige Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR erinnern wir uns gerne daran, dass von der DDR eine Politik des Friedens ausging. Die DDR mischte sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten

ein, sie schrieb anderen Völkern nicht vor, wie sie zu leben haben und setzte das Militär nicht zur Sicherung ökonomischer Interessen ein.

Zur Aufgabe der Nationalen Volksarmee formulierte der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Keßler, im Jahre 1986: „Wichtigste Aufgabe der Soldaten (ist es), an der Seite der Waffenbrüder den Frieden zu sichern und den Krieg durch hohe Wachsamkeit und Gefechtsbereitschaft zu bekämpfen, bevor er ausbricht. Der Sinn des Soldatseins im Sozialismus besteht darin, Frieden zu schaffen und den Frieden zu erhalten, auch für unsere Nachbarvölker, für alle Menschen in Europa und in der ganzen Welt.“

Dieser Auftrag ist traditionswürdig.

Der Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR ist dem Frieden verpflichtet. In seiner Satzung heißt es in §3(5): „Der Verband wendet sich gegen jedwede Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und Völker, insbesondere mit militärischen Mitteln. Er setzt sich für weltweite Friedensstrategien und Abrüstung ein.“

Dabei wollen wir mit allen zusammenarbeiten, die gleiche Ziele verfolgen.

Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und GT der DDR:

Dieser Verband wurde am 26.01.2013 offiziell gegründet und am 09.08.2013 durch das Amtsgericht Frankfurt (Oder) mit dem AZ VR 6060 FF unter lfd. Nr. 1 ins Vereinsregister eingetragen.

Als Vorsitzender wurde Admiral a.D. Theodor Hoffmann, Verteidigungsminister der DDR ab 1989, gewählt.

Kontakt: Sitz Strausberg,
Postanschrift: Verband NVA/GT,
Postfach 1109, 15331 Strausberg

Im Internet erreichbar unter:
www.vtnvagt.de

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand begrüßte zu Beginn seiner Sitzung Admiral a. D. Theodor Hoffmann, (Vorsitzender), Generalleutnant a. D. Manfred Grätz (Vorsitzender des Ältestenrates) und Kapitän zur See a. D. Gerhard Matthes (Leiter der Geschäftsstelle) als Vertreter des neu gebildeten Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR.

Theodor Hoffmann erläuterte die Ziele dieses neu gebildeten Verbandes und die politischen Gründe der Trennung vom weiter existierenden Traditionsverband der NVA, der für den spektakulären Auftritt am Treptower Ehrenmal am 09.05.2013 verantwortlich ist. (Letzterer Auftritt war nicht nur Gegenstand zügelloser Hetze gegen die bewaffneten Organe der DDR, sondern kürzlich auch Anlass von Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des alten und des neuen NVA-Verbandes wegen angeblicher Verletzung des Versammlungsgesetzes.)

Die Mitglieder des ISOR Vorstandes wie auch die Vertreter des Verbandes befürworteten eine enge Zusammenarbeit, u. a. durch Herstellung von Verbindungen der z. Z. sieben Regionalgruppen des VT NVA GT mit den jeweiligen ISOR-TIG, durch gegenseitige Konsultationen, gemeinsame Veranstaltungen auch im Rahmen des OKV.

*

Dr. Rainer Rothe informierte, dass nach einer BSG-Entscheidung vom 31.07.2013 rückwirkende Nachzahlungen aus der 2006 getroffenen Angleichung Ost-West beim Dienstbeschädigtenausgleich nicht erfolgen werden und auch nicht mehr einklagbar sind.

*

Im Auftrag des Vorstandes nahm der Geschäftsführer eine Eintragung in das durch die Partei DIE LINKE für Lothar Bisky im Internet eingestellte Kondolenzbuch vor.

*

Peter Speck informierte, dass die Spendenaktion für hochwassergeschädigte ISOR-Mitglieder angelaufen ist. Bisher sind 4.872,- € Spenden von Einzelpersonen und 12 Anträge auf finanzielle Unterstützung eingegangen. Da sowohl die Spendenaktion als auch die Antragstellung noch bis zum 31.12.2013 terminiert sind, vielfach auch noch keine Übersicht über die genauen Schäden, Erstattungen von Versicherungen und staatlichen Hilfen besteht, ist das bisherige Ergebnis nur als Anfang einer noch bis zum Jahresende fortzuführenden Aktion zu betrachten. Viele TIG orientieren auf eine Verbindung mit der Beitragskassierung im II. Halbjahr 2013 und einzelne TIG haben betroffenen Mitgliedern schon finanzielle und anderweitige Hilfe zuteil werden lassen.

* * *

DDR – eine Gewalt- und Willkürherrschaft?

Empört Euch und übt Solidarität!

Nun soll es auch gerichtsfest gemacht werden. Dass die DDR eine Gewalt- und Willkürherrschaft war. In der Strafsache gegen

Wolfgang Schmidt jedenfalls sind Amts-, Land- und Kammergericht Berlin dieser Meinung.

Zur Erinnerung: Wolfgang Schmidt hatte in Ausübung freier Meinungsäußerung unter Hinweis auf die Rehabilitierung Burianeks im Internet Kritik an der Terrorismusbekämpfung der BRD geübt (Burianek war 1952 wegen Terror- und Sabotagehandlungen in der DDR zum Tode verurteilt worden) Die BRD-Justiz revanchierte sich, klagte Schmidt auf Veranlassung Knabes an und verurteilte ihn wegen „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“. Jetzt wurden die Urteile der Vordergerichte vom Kammergericht Berlin durch Verwerfung der Revision bestätigt.

Verfolgung und Verurteilung waren rechtlich von Amts wegen nur möglich, da Burianek als „Opfer einer Gewalt- und Willkürherrschaft“ angesehen wurde. Drei Instanzen bestätigten dies nunmehr mit abstrusen Begründungen, sofern sie überhaupt begründeten, mit „Mauer“, „Schießbefehl“, „Staatssicherheit“, „Schauprozessen“ etc. Abgesehen von den üblichen Verfälschungen, wurde die tatsächliche Situation 1952 völlig ausgeblendet. Besonders zynisch eine Begründung des Landgerichts: Der Angeklagte (Schmidt) übergeht damit den auch für das Persönlichkeitsbild des Betroffenen Burianek wesentlichen Gesichtspunkt, dass die Widerstandskämpfer einen erheblichen Beitrag dazu geleistet haben, die DDR-Diktatur zu überwinden. Also Terror gegen und in der DDR war legitimer Widerstand. Wer das als Beitrag zur Terrorismusbekämpfung kritisiert, macht sich nach Berliner Rechtsprechung in der freiheitlich demokratischen Grundordnung BRD strafbar.

Gegen solche Diffamierung und Einschränkung der Meinungsfreiheit ist Protest angesagt. Alle rechtlichen Mittel sind auszuschöpfen. Wolfgang Schmidt reichte beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde ein, weil er sich in seinen Grundrechten verletzt fühlt. Aber nicht nur Wolfgang Schmidt ist davon betroffen, wir alle sind es. Wenn wir uns heute nicht dagegen wehren, wird schon morgen das Zeigen des DDR-Emblems unter Strafe stehen. Deshalb: Übt Solidarität mit Wolfgang Schmidt! Allen bisherigen Spendern herzlichen Dank. Spendet weiter für die juristische Auseinandersetzung! (Hans Bauer)

Konto der GRH bei der Berliner Volksbank, BLZ 10090000, Kt.Nr.: 57 889 000 09, Stichwort: W. Schmidt.

Aus GRH – Mitteilungen 9-13

* * *



In unserer vorigen Ausgabe berichteten wir über eine „Provinzposse in Erfurt“, bei der der MDR anlässlich einer Zusammenkunft von ISOR provozierte. Da sich das bei Redaktionsschluss von **ISOR aktuell** ereignete, kamen unsere Erfurter Mitglieder nicht zu Wort, was hier nachgeholt werden soll:

Die Jahresmitgliederversammlung der TIG Erfurt stand im Zeichen der Vorbereitung auf die Bundestagswahl und die bevorstehende Vertreterversammlung von ISOR. Nachdem unser TIG-Vorsitzender einem Mitglied zum Geburtstag gratulierte, gedachten wir unserer verstorbenen Mitglieder mit einer Schweigeminute.

Dann begrüßten wir fünf neue Mitglieder, die im vorigen Jahr aufgenommen wurden. Hervorgehoben wurde, dass uns dieses Ergebnis nicht befriedigen kann. Weitere Anstrengungen sind erforderlich.

In seinen Ausführungen unterstrich unser Vorsitzender, was seit der letzten Vertreterwahl vor vier Jahren im Kampf um Rentengerechtigkeit erreicht wurde und verwies besonders auf den erzwungenen Zugriff auf die Einkommensunterlagen von MfS-Angehörigen, durch den die neuen Gutachten für die Klage beim Bundesverfassungsgericht erst ermöglicht wurden.

Anschließend wurden zwei Vertreter unserer TIG für die ISOR-Vertreterversammlung vorgestellt und einstimmig gewählt.

Willi Becker, unser Vorstandsmitglied und zugleich Vorstandsmitglied von ISOR, übermittelte den Versammlungsteilnehmern die Grüße des ISOR-Vorstandes und erläuterte den Solidaritätsaufruf der GRH vom 7. Mai 2013 sowie den Beschluss des Vorstandes von ISOR vom 19.06.2013, den Aufruf für den von der bundesdeutschen Klassenjustiz verfolgten Wolfgang Schmidt aktiv zu unterstützen.

An der Spendensammlung beteiligten sich alle 110 Versammlungsteilnehmer. Die Sammlung erbrachte 631,00 EUR.

Zu dem Spendenaufruf des Vorstandes ISOR für die Hochwassergeschädigten ISOR-Mitglieder gab es die Orientierung an die Gruppenbetreuer/Kassierer analog zum Spendenaufruf von 2002 zu verfahren, d.h., in den Betreuungsgruppen die Spendensammlung durchzuführen und über den Hauptkassierer der TIG abzurechnen.

Zu einem Höhepunkt gestaltete sich die anschließende Diskussion mit der Spitzenkandidatin der Partei „DIE LINKE“ und Vorsitzende des Petitionsausschusses des Bundestages Kersten Steinke.

Sie schilderte ihren Weg in die Politik und die Herausforderungen, mit denen die Abgeordneten der Linken ständig im Bundestag kon-

frontiert werden. Anschaulich erläuterte sie das Wahlprogramm der Linken, beschrieb die

Tricks, mit denen die Regierung die Arbeitslosenzahlen schönredet und erklärte, wie mit dem Programm der Partei DIE LINKE durch Mindestlöhne und Steuerrechtsänderungen soziale Fortschritte erzielt werden können. Sie hob hervor, dass die Herstellung der Rentengerechtigkeit angesichts gebrochener Wahlversprechen der CDU aus dem Wahlkampf 2009 auch den Kampf gegen die Strafrenten einschließt.

In der Diskussion, an der sich besonders viele Gäste von der Rotfuchs-Regionalgruppe Erfurt-Weimar beteiligten, wurden auch unbequeme Fragen (Einbeziehung von Abgeordneten in die Rentenversicherung, Diskussionskultur im Bundestag usw.) gestellt und von Kersten Steinke ausführlich beantwortet. Am Schluss bekundeten alle Versammlungsteilnehmer, dass im September nur DIE LINKE wählbar ist.

Dietrich Reichard

*

Zur Information:

Linke-Landeschef Knut Korschewsky im MDR-Sommerinterview am 25.08.2013, 19:00 Uhr:

Linke bekennt sich zu Zusammenarbeit mit Stasi Verein

Im Interview bekräftigte Korschewsky erneut die Zusammenarbeit der Linken mit ehemaligen Stasi-Mitarbeitern. Der Auftritt von Bundestags-Spitzenkandidatin Kersten Steinke bei ehemaligen Mitarbeitern der DDR-Staatssicherheit sei „völlig normal“. Der Verein ISOR, die Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR, sei zugelassen. Er könne an dem Auftritt der Vorsitzenden des Bundestags-Petitionsausschusses „nichts geringschätziges sehen“. Die Linke arbeite mit allen Vereinen zusammen, die etwas verändern wollten. Bei ISOR ginge es um Rentengerechtigkeit. Dies sei auch ein Anliegen seiner Partei „Wir grenzen nicht die Mitglieder von ISOR aus.“

© 2013 MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

*

Einen Monat vor der Bundestagswahl stellte sich am 15.08.2013 die Kandidatin für die Partei „Die Linke“ unseres Wahlkreises Dr. Enkelmann den Mitgliedern unserer TIG Strausberg vor. Die Erwartungshaltung war sehr groß, gab es doch in letzter Zeit, trotz des durchaus zu begrüßenden Wahlprogramms dieser Partei für uns bedenkliche Äußerungen. So forderten die Kandidaten von der Bundesregierung, Finanzierungslücken durch die Reduzierung von Zuschüssen für die

Pressemitteilung der Partei DIE LINKE vom 15. August 2013

Die eigentliche Rentenfrage ist nicht der Bundeszuschuss, sondern die zunehmende Altersarmut

„Die Bild-Zeitung suggeriert, dass die Zuschüsse des Bundes an die Gesetzliche Rentenversicherung dramatisch steigen werden. Dabei werden jedoch die entscheidenden Aspekte unterschlagen“, erklärt der rentenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Matthias W. Birkwald. „Erstens verschweigt die ‚Bild‘, dass mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013 der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung für die Zeit von 2014 bis 2016 um insgesamt 3,75 Milliarden Euro gekürzt wurde.

Zweitens ergibt sich die Steigerung des allgemeinen Bundeszuschusses aus der von der Bundesregierung selbst unterstellten Lohnentwicklung bis 2017 von über 2,5 Prozent pro Jahr. Die Steigerung ergibt sich zwangsläufig aus den gesetzlichen Regelungen.“ Birkwald weiter: „In das Zentrum der politischen Auseinandersetzung gehört die Leistungsseite der Rentenversicherung. Die Menschen in Deutschland haben eine ordentliche Sicherung im Alter verdient, die sowohl den Lebensstandard sichert als auch gegen Armut schützt. Den Sozialabbau in der Alterssicherung haben die Regierungen der vergangenen Jahre zu verantworten, also CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNE. In Sachen Bekämpfung der Altersarmut und Einführung eines finanziell abgesicherten Ruhestands ist die Regierung Merkel vollständig gescheitert. Dies aber ist die Aufgabe der Stunde. Dazu sind über Beiträge und Steuern die notwendigen Mittel von den Unternehmen und den Reichen zu beschaffen. Auf Deutschland rollt eine Welle neuer Altersarmut zu. Dagegen gilt es vorzugehen.“

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht zuzulassen. Unser Vorsitzender, der in seinen einleitenden Worten darauf verwies, dass unsere Initiativgemeinschaft sich bewusst ist, dass nur eine starke Linke-Fraktion im Bundestag fähig und in der Lage ist, zur Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten beizutragen, die weiß, dass gelebtes Leben und eine eigene Identität „keine zweitklassigen Dinge, sondern Anerkennung und Würde verdienen. Es kommt aber die Frage auf, warum dann eine solche Forderung gestellt wird, deren Erfüllung nur die weitere Delegitimierung der DDR und des Lebens vieler aufrechter Bürger zur Folge haben würde“.

Die von Frau Dr. Enkelmann dazu abgegebene Erklärung war wenig befriedigend, wenn das nur ein Beispiel für beabsichtigte Kürzungen in allen Bundesstiftungen sein sollte, so war das unserer Meinung nach ein schlechtes Beispiel. Wir sind der Meinung, dass eine solche Stiftung gar keine Daseinsberechtigung hat und die dafür vorgesehenen Mittel in anderen Stiftungen zweckmäßiger angelegt wären. Nun wissen wir auch, dass die Fraktion nicht über Existenz und Nichtexistenz solcher Stiftungen entscheidet, aber die bisherige Arbeit der Fraktion hat gezeigt, dass sie mit Ausdauer und Beharrlichkeit Erfolge zu verzeichnen hatte, auch wenn sich nun andere Parteien den Erfolg an die Brust heften. Die Erfahrungen aus der Geschichte zeigen eindeutig, und das hat die PDS/Linke auch mehrfach erfahren müssen, dass Versuche der Anpassung an den sogenannten Zeitgeist sich nicht auszahlen, sondern immer negative Folgen haben. Es sollten stärkere Anstrengungen unternommen werden, um die Diskriminierung vieler ehemaliger DDR-Bürger, die ihre Kraft und Gesundheit gegeben haben damit „aus Ruinen auferstanden und der Zukunft zugewandt“ ein neues Deutschland entsteht, in dem die Sonne schön wie nie scheint, beendet wird. Das geht nur mit einer konsequenten Vertretung dieser Bevölkerungsschichten im Bundestag.

Wir Mitglieder der TIG Strausberg werden unsere Kraft dafür einsetzen und geben unsere Stimme der Partei „Die Linke“

H.J. Friedrich

Aus der Postmappe

Die Klärung aller Fragen über das Altern, die Pflegebedürftigkeit, die Vorsorgevollmacht und die Patientenverfügung spielt mit dem steigenden Durchschnittsalter unserer Mitglieder eine immer größere Rolle.

In **ISOR aktuell** 7/2007 gab es von unserem Vereinsmitglied Hartwig Müller einige Hinweise. Zu den aktuellen rechtlichen Regelungen für die Vorsorgevollmacht und rechtliche Betreuung gibt das Bundesministerium der Justiz die Broschüre „Betreuungsrecht“ mit Stand April 2013 heraus. Diese Broschüre kann im Internet unter www.bmj.de oder telefonisch unter der Rufnummer 01805 778090 bestellt werden.

Die Situation eines Mitgliedes aus unserer **TIG Berlin-Köpenick** hat uns zu diesen Zeilen angeregt.

Unser Vereinsmitglied erlitt im Februar 2013 einen Schlaganfall und die behandelnden Ärzte stellten fest, dass die Voraussetzungen für die Bestellung einer rechtlichen Betreuung nach §1896 BGB vorlagen. Eine Vorsorgevollmacht lag nicht vor. Auf Antrag des Krankenhauses verfügte das zuständige Amtsgericht eine auf sechs Monate befristete rechtliche Betreuung und bestellte eine Rechtsanwältin zur Berufsbetreuerin. Seitens des Betroffenen gab es dazu keine Einwände. Die bestellte Berufsbetreuerin erfüllte die vom Amtsgericht festgelegten Aufgaben.

Das Erwachen beim Betreuten kam mit der ersten Rechnung dieser Berufsbetreuerin über ihre Vergütung. Weil der Betroffene keine Sozialleistungen bezog, galt er für das Amtsgericht nicht als mittellos und er musste die Kosten für die Betreuungsleistung selbst tragen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat diese Berufsbetreuerin einen Vergütungsanspruch in Höhe von 1122,- € im ersten Quartal und 924,- € im zweiten Quartal ihrer Betreuerätigkeit. Die Gesamtsumme in Höhe von 2046,- € musste der Betreute aus seinem Barvermögen bezahlen.

Der gesundheitliche Zustand hat sich bei unserem Vereinsfreund wesentlich verbessert und das Amtsgericht hob die Betreuung auf. Die rechtliche Betreuung ist nur für mittellose-

Personen kostenfrei, weil die Kosten für die Betreuung die jeweilige Landeskasse trägt. Wenn eine zu betreuende Person jedoch über Vermögen verfügt, kann der rechtliche Betreuer die Auslagenpauschale als ehrenamtlicher Betreuer in Höhe von 323,- € pro Jahr und der Berufsbetreuer seine Vergütung in Höhe von 3630,- € aus dem Vermögen des Betreuten mit Zustimmung des Amtsgerichtes entnehmen.

Als Vermögen zählt sowohl eine kleine angesparte Rücklage als auch eine Rente über dem Grundeinkommen. Diese Angelegenheit weist nochmals auf die Notwendigkeit einer Vorsorge- oder Betreuungsvollmacht hin.

Hartwig Müller, Karlheinz Wunderlich

*

Auch die **TIG Strausberg** informierte ihre Mitglieder über die Notwendigkeit rechtlich nicht anfechtbarer Patientenverfügungen, Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen und machte für eine kostenlose Auskunft zu diesen Fragen drei Mitarbeiter der Betreuungsbehörde namentlich.

Bei anderen gelesen

Erklärung der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V. und des Freundeskreises der Sport-Senioren Berlin vom 15. 08. 2013

Endlich wurde der Wahrheit zum Durchbruch verholfen. Was schon lange bekannt war und in verschiedenen Publikationen veröffentlicht wurde, liegt nun auf dem Tisch: In der BRD wurde über Jahrzehnte mit Wissen der Politik und mit staatlichen Geldern Doping zum Einsatz gebracht und Forschung betrieben. Die einseitige Verteufelung der DDR in Sachen Doping war Unrecht. Zu unrecht auch die politisch gewollten juristischen Urteile mit Gefängnis- und Geldstrafen gegen Ärzte, Trainer, Wissenschaftler und Funktionäre des DDR - Sports. In der BRD dagegen gingen bisher diejenigen straffrei aus, die fünf Todesfälle zu verantworten haben. Aber die Doping-Kampagne passte in den fortwährenden politischen Feldzug, die DDR zu delegitimieren und als „Unrechtsstaat“ vorzuführen. Deshalb fordern wir: Rehabilitation von zu unrecht verurteilten Vertretern des DDR-Sports!

Aufdeckung aller Wahrheiten über die Doping-Praxis in der BRD, einschließlich der Namensnennung von Verantwortlichen!

Juristische Konsequenzen wegen des Doping-Missbrauchs nach 1990!

Wir fordern in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz die Verwirklichung des Rechtsstaatsprinzips sowie Gleichheit vor dem Gesetz in Ost und West!

Hans Bauer | GRH

Erhard Richter | Freundeskreis

Zwischenruf

Und es begab sich, dass Kanzleramtsminister Ronald Pofalla zum Volke sprach: „Sehet, ich habe unglaubliche Botschaft vom jenseitigen Ufer des Ozeans als auch des Kanals erhalten. Und das ist die Verkündigung: ‚Der Vorwurf der vermeintlichen Totalausspähung in Deutschland ist nach Angaben der NSA, des britischen Geheimdienstes und unserer Nachrichtendienste vom Tisch.‘“ Und sogar schriftlich hätten die Brüder im Geiste versichert, dass sie sich „an Recht und Gesetz in Deutschland halten“ werden. Tränen der Rührung nur mühsam unterdrückend, setzte der Herr Minister hinzu: „Dieses Angebot könnte uns niemals gemacht werden, wenn die Aussagen der Amerikaner (also nicht nur derer in den USA, sondern des ganzen Kontinents! w.k.), sich an Recht und Gesetz zu halten, nicht tatsächlich zutreffen würden.“ Das könnte aus einem Lehrbuch der Logik für Anfänger entnommen worden sein. Die Lehre ist eben doch allmächtig, weil sie wahr ist. Doch sei's drum. Die Nachricht von der künftigen Passivität der Nachrichtendienste löste bei den Menschen draußen im Lande spontane Volksfeste aus. Dort brachten Gauckler allerhand Taschenspielertricks und Wortspielereien unters Volk. Turnvater Jahn ließ sich im Focus vor einer geöffneten Zelle ablichten und vollzog geistige Klimmzüge, um die Gefährlichkeit einer seit 23 Jahren nicht mehr bestehenden Schreckenseinrichtung zu beschwören, wonach heutige Geheimdienste Horte der Grundgesetztreue seien. Und noch viel mehr werden wir bemerkeln, bis am 22. September alle derartigen Veranstaltungen aufhören und wieder in Vergessenheit geraten sollen. Dann ist die Zeit für neue Märchen gekommen. w.k.

Horst Joachimi

Jenseits des Himmels. Rechtfertigung durch Erkenntnis

Ein Eldorado der sozialen Gerechtigkeit in den fernen Tiefen des Universums

(NORA Verlagsgemeinschaft Dyck Weste-
heide Berlin 2013), 256 Seiten, Preis 17,- €
ISBN 978-3-86557-326-1

„In der Zeit, wo alles den Gipfelpunkt zu überschreiten droht“, sagt der Autor in seinem Vorwort, „wo wir den Zenit der gesamtgesellschaftlichen Lebenszeit auf unserer Erde überschritten haben und die Mehrheit der Menschen unseres Globus immer noch den Kapitalismus, der die Verantwortung für das drohende biologische Ende der Menschheit trägt, für die beste Gesellschaftsform hält, in dieser Zeit, selbst ins Angesicht einer möglichen, furchtbaren Umweltkatastrophe blickend, zwingt es mich, mein letztes Buch den realen Möglichkeiten des Sozialismus zu widmen, der zum späten Neuerblühen unseres Globus hätte führen können, wenn die Menschheit auf unseren frühen praktischen Versuch eingegangen wäre und den Schmerz seiner Anfangsphase ausgehalten hätte“.

Was dann folgt, sind sehr nachdenkliche, auf eigene Beobachtungen und marxistische Wertungen begründete gesellschaftskritische Überlegungen und Besorgnisse eines lebenserfahrenen Politikers.

Die Gedankenführung trägt ihn in virtuelle Welten und fremde Galaxien, - so „in den Weiten des Universums ...auf einen Planeten zu stoßen, dessen Menschheit den Sozialismus verwirklicht hat“.

Ungewöhnlich vielleicht diese Form, originell allerdings gleichzeitig und packend wohl auch für jüngere Menschen, um zu gesellschaftspolitischen Überlegungen anzuregen, frei von oft wirren Alltagsquerelen „irdischer“, oft auch „typisch deutscher“ Wirklichkeit und Parteiengezänk. Bemerkenswert die stete Fähigkeit des Autors, daraus notwendige Schlussfolgerungen für politische Kämpfe in der Gegenwart zu arti-

kulieren, Erfahrungen und Lehren unserer Niederlagen nicht auszuklammern und zugleich nicht stehenzubleiben allein bei der Reflexion von Lehren aus verlorenen Schlachten.

Sein Buch scheint aus dieser Sicht besonders geeignet, auch junge Leser zu politischer Neugier und aktivem Engagement anzuregen.

H.B.

*

Werner Sachs

Lehrers Kinder ...

(Herausgegeben im Eigenverlag, 96 Seiten,
Preis 12,- € inkl. Versandkosten,
Bestellungen über die ISOR-Geschäftsstelle)

Frei nach dem alten Sprichwort: „Lehrers Kinder und Pfarrers Vieh geraten selten oder nie!“ stellt Werner Sachs seine Lebenserinnerungen vor.

Er schildert seinen Lebensweg bis zum Abitur 1960 und seinen folgenden Wehrdienst als Wachsoldat in der Bezirksverwaltung Gera des MfS.

Danach beschreibt er die Jahre seiner Tätigkeit als operativer Mitarbeiter der Kreisdienststelle Lobenstein, in der Abteilung XV der BV Gera und schließlich in der Abteilung VI der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS. (1971–1990)

Zu seinen Aufgaben gehörte u.a. die Vorbereitung und Realisierung der Übersiedelung Inoffizieller Mitarbeiter des MfS in das westliche Ausland und deren Ausstattung mit Legenden und falschen Identitäten.

Werner Sachs geht auch auf die Zeit nach dem Zusammenbruch der DDR ein und bekennt im Rückblick auf sein Leben in der DDR: „... Die persönliche Bilanz, aktiv geholfen zu haben, diesen, meinen Arbeiter- und Bauern-Staat zu schützen und durch seine Existenz mit gewährleistet zu haben, dass über diesen langen Zeitraum kein Krieg oder anders geartete militärische Verstrickungen von deutschem Boden ausgingen, macht mich stolz...“

W.S.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 28.08.2013

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.09.2013

Einstellung im Internet: 04.10.2013

Auslieferung: 10.10.2013

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie
nach tel. Terminvereinbarung (030 29784315)
auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr